

Erwartungen des Deutschen Städtetages an die deutsche Ratspräsidentschaft

Beschlossen in der 431.Sitzung
des Präsidiums
des Deutschen Städtetages
am 22. 06.2020

Deutschland übernimmt die Ratspräsidentschaft zu einer Zeit, in der die Europäische Union vor enormen Herausforderungen steht. Selten zuvor waren Zusammenhalt und Solidarität in Europa so wichtig wie heute. Die Corona-Pandemie macht deutlich, wie fragil das europäische Gebilde ist. Die deutschen Städte bekunden ihre Solidarität mit den Kommunen anderer Mitgliedstaaten. Die Krise zeigt, dass globale Herausforderungen nicht innerhalb der Grenzen eines Staates lösbar sind. Wir treten ein für unsere gemeinsamen europäischen Werte und unser gemeinsames kulturelles Erbe. Nationalismus und Rechtspopulismus stellen wir uns entschlossen entgegen. Dauerhaft erfolgreich wird Europa dann sein, wenn es uns gelingt, den Zusammenhalt in der Gesellschaft und in der Europäischen Union zu stärken. Europa muss den Menschen (wieder) eine Perspektive bieten. Die deutschen Städte stehen für das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft, Europa gemeinsam wieder stark zu machen.

Europas Zukunft zu sichern und zu gestalten ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind gefordert, die Corona-Pandemie einzudämmen und ihre Folgen abzufedern. Die Einigung über die ersten europäischen Corona-Soforthilfemaßnahmen sowie die Vorlage der EU-Kommission für das Aufbauprogramm Next Generation EU sind Schritte in die richtige Richtung. Gleichzeitig müssen die ambitionierten Ziele des Green Deal und des Europas des digitalen Zeitalters umgesetzt werden, um Europa zukunftsfähig zu machen. Dabei ist die Handlungsfähigkeit der EU von der Kooperation aller Akteure abhängig. Ob die Akteure für ein solidarisches Europa eintreten, wird sich insbesondere bei den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 zeigen, der unter der deutschen Ratspräsidentschaft beschlossen werden muss.

Der Deutsche Städtetag ist die Stimme der Städte. Die Städte sind das Fundament Europas. Hier spielt sich das Leben der Menschen ab, hier geht es um gesellschaftlichen Zusammenhalt, hier wird Europa gelebt und das Bild von Europa geprägt. Gesellschaftliche Trends und Veränderungen finden zuerst in den Städten statt. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass ihre Anliegen auch auf europäischer Ebene gehört und ernst genommen werden.

Die Verantwortung der Städte für ihre Bürgerinnen und Bürger vor Ort und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge während der Corona-Krise zeigen, welche Kompetenzen auf der kommunalen Ebene liegen und wie dynamisch die Städte Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen finden. Weitere grenzüberschreitende Themen wie die Migration in und nach Europa, die Auswirkungen und Bekämpfung des Klimawandels oder die Bereitstellung von Infrastruktur sind unmittelbarer Bestandteil der Arbeit in den Städten. Hier braucht es europäische Lösungsansätze und Regelungen, die von der kommunalen Ebene umgesetzt werden. Zugleich sind die Städte durch den Austausch untereinander in ihrem Handeln europäisiert. Sie lernen grenzüberschreitend voneinander, tauschen Wissen aus und stärken multilaterale Maßnahmen – nicht erst seit der Corona-Pandemie.

Der Deutsche Städtetag wünscht sich von der Bundesregierung ein beherztes Angehen der bevorstehenden Aufgaben und konstruktive Weitsicht bei der Ausgestaltung der deutschen Ratspräsidentschaft, ohne dabei den Blick auf die Städte und die kommunale Selbstverwaltung zu verlieren.

Für die vor uns liegenden Themen fordert der Deutsche Städtetag:

1. Die Corona-Krise mit Blick auf die Zukunft gemeinsam bewältigen

Die Corona-Pandemie stellt Europa vor eine in dieser Weise nie dagewesene Bewährungsprobe. Zusammenhalt und Solidarität sind essenziell, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu bewältigen. Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie widmet. Städte stehen vor großen Herausforderungen. Der Wegfall kommunaler Einnahmen sowie zusätzliche Ausgaben haben direkte

Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte und auf die Investitionskraft der Kommunen. Diese ist für den (Wieder-)Aufbau der Wirtschaft besonders wichtig. Zusätzlich befinden sich kommunale Unternehmen in den besonders betroffenen Wirtschaftsbereichen in einer existenziell bedrohlichen Lage. Hierzu zählen insbesondere der öffentliche Personennahverkehr, Kultureinrichtungen und Bäder, aber auch Veranstaltungs- und Kongresszentren, Messen, Flughäfen und Häfen. Bisher berücksichtigt das Aufbauprogramm der EU-Kommission die Bedürfnisse der lokalen Ebene explizit nur im Rahmen der REACT EU-Initiative. Dies stellt lediglich eine kurzfristige Lösung für besonders betroffene Kommunen dar. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass Städte und kommunale Unternehmen weitere Liquiditätshilfen und Kreditprogramme aus den Aufbauprogrammen tatsächlich in Anspruch nehmen können. Der Deutsche Städtetag ersucht die Bundesregierung, sich für einen direkten Zugang von Kommunen zu europäischen Fördermitteln einzusetzen.

2. Den Mehrjährigen Finanzrahmen zügig beschließen

Der überarbeitete Vorschlag der EU-Kommission für den EU-Haushalt 2021-2027 und das Aufbauprogramm Next Generation EU sind klare Signale für ein solidarisches Europa, das die Folgen der Corona-Pandemie in gemeinsamer Anstrengung bewältigt und sich den vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der kommenden Jahre annehmen will. Die Mitgliedstaaten der EU sind jetzt aufgefordert, schnell darüber befinden, um Europas Zukunft gemeinsam zu sichern und Planungssicherheit herzustellen. Die Mitgliedstaaten müssen durch ihre nationalen Beiträge dafür Sorge tragen, dass der EU-Haushalt ausreichend ausgestattet ist, um die vielfältigen und ambitionierten politischen Ziele vor Ort in konkreten Projekten umzusetzen. Die Bundesregierung sollte sich als Vorsitz im Rat daher dafür einsetzen, dass die Direktinvestitionen in europäische Städte verstärkt werden. Der Klima- und der damit einhergehende Strukturwandel müssen vor Ort gemeistert werden. Zugleich muss die Verschärfung sozialer und territorialer Ungleichheiten in Europa verhindert werden.

3. Die EU-Strukturpolitik nachhaltig und langfristig ausgestalten

Der Deutsche Städtetag spricht sich für eine nachhaltige, langfristige sowie finanziell ausreichend dotierte Strukturpolitik als Pfeiler für die Zukunft der EU aus. Er begrüßt die in den neuen Vorschlägen beibehaltenen politischen Ziele und unterstützt eine stärkere Ausrichtung auf „ein grüneres, CO₂-armes Europa“. Die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft (Just Transition Fund, JTF) wird als sinnvoll bewertet. Der JTF bedarf einer eigenständigen Finanzierung. Dazu muss der EU-Haushalt durch die Beiträge der Mitgliedsstaaten ausreichend ausgestattet sein. Die Finanzierung darf nicht zu Lasten der Regional- und Strukturpolitik der EU-Förderperiode ab 2021 gehen. Insbesondere wird der in den Vorschlägen enthaltene verpflichtende Einsatz von Mitteln aus der EU-Strukturpolitik zur Ko-Finanzierung abgelehnt. Das vorgeschlagene Aufbauprogramm Next Generation EU darf nicht die Finanzierung der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik und nationaler Fördersysteme, wie das gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Kommunen, in Frage stellen, sondern muss zusätzlich finanziert werden, um Wirkung zu entfalten. Die nun ermöglichte größere Flexibilität beim Einsatz der EU-Strukturfonds sollte konsequent auch langfristig beibehalten werden und somit den konkreten Erfordernissen der Städte schneller anpassbar sein.

4. Die EU digital unabhängig aufstellen

Ein freiheitliches und demokratisches Europa gründet sich auf selbstbestimmtes Handeln und Entscheiden. Die Abhängigkeit von einzelnen privaten Anbietern digitaler Infrastruktur schränkt die Souveränität Europas empfindlich ein. Digitale Souveränität ist ein notwendiger Baustein eines selbstbestimmten Europas und muss durch geeignete Maßnahmen gesichert und weiterentwickelt werden. Daten haben eine nicht zu unterschätzende Wirkmacht. Um souverän handeln zu können und den Wohlstand Europas zu erhalten, braucht es deshalb eine konsistente europäische

Datenstrategie. Die deutschen Städte erwarten, dass die Bundesregierung ihre nationale Datenstrategie mit den Vorhaben auf EU-Ebene eng verzahnt. Die praktischen Erfahrungen der Städte müssen hier einfließen. Lösungen müssen technisch anschlussfähig, Ebenen übergreifend einsetzbar und vor Ort umsetzbar sein. Nur so kann ein digitales Europa auch souverän sein.

5. Kommunales Engagement zum Klimaschutz durch den EU-Green Deal flankieren

Die deutschen Städte begrüßen die neue Wachstumsstrategie der EU – den EU Green Deal. Er ist ein wichtiger Impuls zur Erreichung der Klimaneutralität Europas in 2050, die mit dem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden soll. Der EU Green Deal sieht umfassende Investitionen in nachhaltige und klimaschonende Maßnahmen und Technologien auf allen Ebenen vor. Diese reichen vom Klimaschutz und der Klimaanpassung über nachhaltige Mobilität und den Erhalt der Biodiversität bis zur Kreislaufwirtschaft. Die Städte leisten bereits viel für Umwelt- und Klimaschutz sowie die Klimaanpassung. Sie sind bereit, den EU Green Deal mit Leben zu füllen. Daher sollten die im EU Green Deal vorgesehenen Projekte und Maßnahmen das kommunale Engagement im Klimaschutz sowie bei der Verkehrs- und Energiewende unterstützen. Der Deutsche Städtetag erwartet, dass der EU Green Deal mit zusätzlichen Mitteln aus dem EU-Haushalt finanziert wird. Die Finanzierung des EU Green Deals darf nicht zu Lasten der Förderung strukturschwacher Regionen in ganz Europa gehen.

6. Kommunale Investitionen beim Konzept der nachhaltigen Finanzen berücksichtigen

Kommunen sind bei der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Bereitstellung einer nachhaltigen Infrastruktur vor große Herausforderungen gestellt. Mehr als die Hälfte aller öffentlichen Investitionen sind kommunale Sachinvestitionen. Die Sicherung der Liquidität der Kommunen und die Finanzierung kommunaler Investitionen sind entscheidend. Die Liquidität der Kommunen ist notwendige Bedingung, wenn es darum geht, auf nationaler und europäischer Ebene die Krise nachhaltig zu bewältigen. Der Deutsche Städtetag begrüßt Pläne für eine europäische oder internationale Mindestbesteuerung. Diese müssen aber auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung weiterhin eine regionale Steuerautonomie zulassen. Zudem muss die verfassungsrechtlich festgeschriebene Gewerbesteuer auch europäisch oder international dauerhaft abgesichert werden. Wir unterstützen den Ansatz, Nachhaltigkeit verstärkt zu einem wichtigen Thema an den Finanzmärkten zu entwickeln. Es geht darum, finanzielle Risiken aus der Corona-Pandemie, aus Klimawandel, Umweltdegeneration und sozialen Spannungen zu bewältigen. Transparenz und Langfristdenken sind zu stärken.

7. Der Reform des GEAS mit neuem Schwung zum Erfolg verhelfen

Es muss gelingen, die Defizite im europäischen Asylsystem zu überwinden und sich zukunftsfest aufzustellen. Die humanitäre Situation entlang der Flüchtlingsrouten über den See- und Landweg nach Europa verdeutlicht die seit Jahren bestehenden Schwächen. Wichtigstes Ziel ist eine grundlegende Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ein Ersatz für die blockierte Dublin-Verordnung muss gefunden werden. Ein solidarischer, verlässlicher und dauerhafter Verteilmechanismus für Asylsuchende ist der Dreh- und Angelpunkt. Schnelle Asylentscheidungen und deren effektive Umsetzung sind ein wichtiger Faktor, um die Situation in den Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen zu entschärfen. Vorprüfungen von Asylanträgen in den Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit könnten dabei zu einer Verfahrensbeschleunigung beitragen. Gestärkt werden muss zudem das Grundprinzip, dass Asylsuchende in nur einem Mitgliedstaat einen Antrag stellen können. Flankierend müssen mehr alternative Schutzwege bspw. über Wiederansiedlungsprogramme geschaffen, Fluchtursachen bekämpft und Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten stabilisiert werden, um irregulärer Migration zu begegnen.

8. Das Gemeinwohl als Leitgedanken in der neuen Leipzig Charta verankern

Die Leipzig-Charta ist seit 2007 die zentrale Grundlage der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland. Die Fortschreibung der Leipzig-Charta wird erheblichen Einfluss auf die Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und Europa haben. Entsprechend wichtig ist die Berücksichtigung der kommunalen Belange bei der Fortschreibung. Insbesondere die Gemeinwohlorientierung der Stadtentwicklung, der Mehrebenen-Ansatz sowie die integrative Arbeitsweise müssen sich auch in der neuen Leipzig-Charta wiederfinden. Daneben sollte der Umgang mit benachteiligten Quartieren fortgeschrieben werden und Themen wie Bodenpolitik und Digitalisierung in die Charta aufgenommen werden.

9. Impulse für die Gleichstellungspolitik auf EU-Ebene setzen

Das Präsidium begrüßt, dass die EU-Kommission dem Rat eine Gleichstellungsstrategie 2020-2025 mit konkreten Zielen und Maßnahmen vorgeschlagen hat, mit der die Gleichstellung der Geschlechter wieder ins Zentrum der EU-Politik gerückt werden soll. Die Bundesregierung ist im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft nun aufgefordert, wichtige Impulse in Sachen Gleichstellungspolitik für die EU-Agenda der kommenden Jahre zu setzen. Bei der Gleichstellung im Erwerbsleben muss es darum gehen, die Lohnlücke wirksam zu reduzieren. Es müssen europaweite Standards implementiert werden, die gewährleisten, dass die Pflege und Erziehung von Angehörigen sowie Aufgaben der Haushaltsführung gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden. Die Bundesregierung muss sich im Kampf gegen Gewalt an Frauen außerdem dafür einsetzen, dass die in der Istanbul-Konvention niedergelegten Verpflichtungen in ganz Europa zum Schutzstandard werden.

10. Die Erfahrungen der Städte für die Konferenz zur Zukunft Europas nutzen

Der Vorschlag der EU-Kommission zur Einrichtung einer Konferenz zur Zukunft Europas wird wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die bisher unklare Zielrichtung und Zusammensetzung der Konferenz werden hingegen mit Sorge betrachtet. Umso mehr begrüßt der Deutsche Städtetag die Ankündigung der Bundeskanzlerin, dass die Konferenz vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Corona-Pandemie Instrument für den ernsthaften Dialog über die Weiterentwicklung und Zukunft der europäischen Union sein müsse. Die deutschen Städte sind aktiv im Bürgerdialog und seit Jahren zuvorderst in der Europaarbeit unterwegs – sei es über Städtepartnerschaften, Bildungs- und Jugendarbeit oder die Durchführung von EU-geförderten Projekten. Der Deutsche Städtetag fordert die Bundesregierung daher dazu auf, die Beteiligung der kommunalen Ebene über ihre Spitzenverbände bei der Zusammensetzung der Konferenz sicherzustellen.